

Unterwegs im Auftrag der Bürger



Engagement gewürdigt

Die Stadt Wittstock bedankte sich anlässlich des Neujahrsempfanges bei einigen ihrer engagiertesten Bürger mit der Ehrenmedaille der Dossestadt, unsere langjährige Abgeordnete Angelika Noack (DIE LINKE) gehörte zu den Geehrten - dazu unser herzlichster Glückwunsch!

Angelika Noack ist seit 1990 ununterbrochen Mitglied der Stadtverordnetenversammlung (StVV), seit 1994 Mitglied im Hauptausschuss und Fraktionsvorsitzende der LINKEN. Sie stellte sich bisher 6mal zur Wahl und erhielt immer wieder das Vertrauen der Wähler. In diesem Zeitraum fanden 166 Sitzungen statt. Sie hat also mehr als ein Drittel ihres Lebens Stadtgeschichte miterlebt und mitgestaltet.

Besonders ihre soziale Kompetenz ist in allen Gremien gefragt und geschätzt, das zeigte sich besonders in ihrem Wirken im bis 2005 bestehenden Sozialausschuss der StVV. Die sozialen Belange der Menschen vor Ort waren und sind ihr ein fortwährendes Anliegen. Besonders die Themen Kita- und Schulentwicklung liegen der engagierten Lehrerin am Herzen, jegliche Schließungsbemühungen wurden von ihr klar mit nein beantwortet. Erinnerung sei hier noch einmal an ihren Einsatz zur Verwirklichung des Anbaus am Gymnasium 1993/94, den Bau der Stadthalle, den Kampf um den Erhalt des Krankenhauses sowie des Gymnasiums - stets tritt sie für eine offene und faire Diskussion in allen Sachfragen ein.

Volker Lemke

Landespolitiker der LINKEN vor Ort

Am 17. März 2016 sind Regierungsmitglieder, Landtagsabgeordnete und Mitglieder des Landesvorstandes der LINKEN. Brandenburg im Rahmen eines »Regionaltages« in den Kreisen Prignitz und Ostprignitz-Ruppin unterwegs.

Sie werden sich mit Vertretern von Verwaltungen, örtlichen Unternehmen, Vereinen, Verbänden und Initiativen treffen, sich informieren und versuchen, bei der Lösung von anstehenden Problemen zu helfen.

Seinen Abschluss findet der Tag im Sportcenter Neuruppin (bei Kaatzsch), wo in der Zeit von 18.30-21.00 Uhr Ge-

sprächsrunden und Fragestunden mit den anwesenden Ministern und Landtagsabgeordneten zu verschiedenen Themengebieten stattfinden werden. Jeder Interessierte kann sich sachlich und konstruktiv in die Diskussionen einbringen.

Hierzu sind alle Bürgerinnen und Bürger ganz herzlich eingeladen.



Zynisch und menschenverachtend = Asylpaket II

»Das Asylrecht wird faktisch abgeschafft«, kritisierte Sahra Wagenknecht, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bundestag. Dem kann man nur zustimmen. Das neue Asylpaket wird sicherlich nicht dazu beitragen, die Flüchtlingszahlen zu reduzieren, denn es wurde wieder einmal nichts zur Bekämpfung von Fluchtursachen getan. Dringend notwendig (und machbar, wenn politisch gewollt) wären:

- eine bessere Unterstützung der internationalen Hilfsorganisationen, damit die Menschen in den Flüchtlingslagern nicht weiter hungern müssen
- der Stopp von Waffenexporten
- Ideen zur Beendigung des Bürgerkriegs in Syrien
- die Stabilisierung der Lage im nordafrikanischen Raum.

Auch die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl hat die Beschlüsse der großen Koalition scharf kritisiert: mit der Ausweitung der vermeintlich sicheren Herkunftsländer (um Marokko, Algerien und Tunesien; auch die Türkei ist im Gespräch) soll die Abschiebung vereinfacht werden, der Familiennachzug soll für zwei Jahre ausgesetzt werden (davon sind auch Syrer betroffen). Damit wird sicherlich nur

Aufruf

Das Aktionsbündnis Neuruppin bleibt bunt ruft auf zur ersten Montagsdemo 2016

»Gegen Schießbefehl und Stacheldraht«

am Montag, den 22. Februar 2016 um 17.30 Uhr auf dem Neuruppiner Schulplatz.

Zeigen Sie mit ihrer Teilnahme Flagge gegen die rechtspopulistischen Gedanken der AfD und lassen Sie nicht zu, dass Flüchtlinge gegen Arbeitslose und andere Schwache der Gesellschaft ausgespielt werden.

erreicht, dass die Familien sich auf eigene Faust auf den gefährlichen Weg nach Deutschland machen und einen eigenen Asylantrag stellen. Dazu passt auch die Meldung von UNICEF, dass derzeit mehr Frauen und Kinder (60%) als Männer die Grenze von Griechenland nach Mazedonien überqueren. Weitere Kritikpunkte sind die Verlängerung der Aufenthaltsdauer in den Erstaufnahmestellen, die Ausweitung von Sachleistungen sowie die strenge Residenzpflicht.

Fortsetzung auf Seite 2

Zynisch und menschenverachtend = Asylpaket II

Fortsetzung von Seite 1

All diese beschlossenen Einschränkungen werden sicherlich nicht zur umfassenden Reduzierung der Flüchtlingszahlen beitragen, denn Flüchtlingszahlen zu reduzieren heißt, den Menschen in ihrer Heimat eine Lebensperspektive zu geben. Das schafft man bestimmt auch nicht mit 130 Milliarden für eine bessere Ausrüstung der Bundeswehr, die damit sicher auch in die Lage versetzt werden soll, im Rahmen der »Verteidigung der Freiheit und Sicherheit Deutschlands« immer mehr Auslandseinsätze durchführen zu können. Ein bisschen mehr Beteiligung an Kriegen wird wohl auch ein Mehr an Flüchtlingen bedeuten.

Immerhin gibt es einen Zeitplan und eine Arbeitsgruppe des Bundes und der Länder für die Integration der Flüchtlinge, die bis Ende März ein Konzept vorlegen soll. Dazu hat die Landtagsabgeordnete der

LINKEN Andrea Johlige noch ein paar hilfreiche Tipps:

- Integrations- und Sprachkurse sehr schnell und für alle
- Aufhebung von Arbeits- und Bildungsverbots und Abschaffung der Vorrangprüfung
- Beschleunigung und Entbürokratisierung der Berufsanerkennung und Ausbau ergänzender Bildungsangebote
- Schaffung von preiswertem Wohnraum durch Sozialwohnungsbauprogramm.

DIE LINKE betont dabei zum wiederholten Mal: gerade in der Flüchtlingsfrage muss es um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, um gleiche Chancen für die Menschen in allen Regionen gehen! Wir wollen nicht nur Politik für Flüchtlinge, sondern zugleich eine Verbesserung für die unteren, für alle benachteiligten sozialen Schichten erreichen.

Jürgen Schubert

Glückwunsch

All unseren Genossinnen und Sympathisantinnen, allen Mädchen, Frauen, Müttern und Großmüttern, allen Leserinnen unserer »Märkischen Linken«

gratulieren wir ganz herzlich

zum Internationalen Frauentag!

Die traditionelle Frauentagsmatinee unserer Bundestagsabgeordneten Kirsten Tackmann findet am 20. März 2016 um 11.00 Uhr in Kyritz, Bluhm's Hotel, statt.

Unterstützung erhält sie durch die Kabarettistin Gisela Oechelhaeuser mit ihrem neuen politischen Kabarettprogramm »Allgemeine Mobilmachung«. Angefeuert durch ihre Wut und ihren Spott lässt diese neun halsbrecherische Frauen auf ihre Zuschauer los: eine verrückter, böser, verzweifelter und komischer als die andere.

Zwischenruf

von Achim Müller

Kanzlerin Merkel betont immer wieder, dass sie eine Kanzlerin des gesamten deutschen Volkes ist. Wie volksnah sie aber wirklich ist, zeigte sich, als ihr die Unterschriften von 3,3 Millionen Bürgern gegen TTIP und CETA persönlich übergeben werden sollten. Sie ließ ihr Kanzleramt auf eine entsprechende Anfrage antworten, dass man Verständnis dafür haben soll, dass wegen anderer terminlicher Verpflichtungen »als auch aus Gründen der Gleichbehandlung mit anderen vergleichbaren Initiativen« eine persönliche Entgegennahme nicht möglich sei. Zum Schluss kommt dann noch

der entscheidende Hinweis: »Ich rate Ihnen daher, die Unterschriftensammlung auf dem Postwege zu übermitteln.«

Ob das nur eine wirkliche Frechheit ist, wie Sahara Wagenknecht es bezeichnet, oder ob da etwas ganz anderes dahinter steckt, sollte jeder für sich selbst entscheiden. Auf jeden Fall ist Fakt, dass Merkel genügend Zeit hatte, wenn es um Treffen mit TTIP-Lobbyisten und Werbeveranstaltungen für TTIP ging.

Soweit zur Aussage der »Gleichbehandlung« der Interessengruppen in dem Antwortschreiben! Interessant ist: Wenn es um die Interessen des Volkes, was ja die Auswirkungen von TTIP und CETA am eigenen Leibe spüren wird, geht, da ist Merkels Terminkalender plötzlich randvoll!!!

Kommentar

Wohlstand - aber nicht für alle

Eine Studie der Europäischen Zentralbank (EZB) im Euro-Raum ergab, dass das Nettovermögen des Großteils der deutschen Haushalte niedriger ist als in jedem anderen Euroland. Das Land mit dem höchsten durchschnittlichen Privatvermögen ist Luxemburg, aber auch in dem hoch verschuldeten Griechenland liegt dieses Privatvermögen bei 102.000 Euro, in Deutschland dagegen nur bei 51.000. Nun wissen wir, Statistik ist wie ein Bikini, zeigt viel, aber verhüllt das Wesentliche.

Wenn aber auch deutsche Wirtschaftsinstitute zu einem ähnlichen Ergebnis kommen, kann man wohl mit Recht sagen: In Deutschland läuft etwas schief!

Bei uns besitzen mehr als ein Viertel der Haushalte gar kein Vermögen oder sind verschuldet. Als vermögend kann man nur das obere Drittel der Deutschen bezeichnen. Die anderen zwei Drittel haben keine nennenswerte Absicherung (Eigentum, Lebensversicherung, Bausparvertrag usw.).

Neben der individuellen Ablehnung der Deutschen, »auf Pump zu leben«, um z.B. ein Eigenheim zu schaffen oder in Bildung zu investieren, hat hier die Politik versagt. In kaum einem anderen EU-Land ist es so schwierig wie in Deutschland, sich aus einer sozial schwächeren Schicht in eine obere Einkommensgruppe hoch zu arbeiten. Wenn Merkel & Co. immer wieder von einer »sozialen« Marktwirtschaft sprechen, so sollte man sie fragen, wie sie diese definieren? Ist es sozial oder ein Skandal, dass in unserem Land 70% der Studenten Kinder von Akademikern sind, aber nur 20% Kinder von Eltern, die keinen akademischen Abschluss haben?

Und dann gibt es noch die immer weiter wachsende Ungleichverteilung des Reichtums. Die oberen 10% der Haushalte verfügten 1998 über 45% des Vermögens, was im Jahre 2013 auf rund 52% anwuchs, während die unteren 50% der Haushalte 1998 noch über 2,9% verfügten, 2013 jedoch nur noch über 1%. Um diese Entwicklung zu stoppen, fordert DIE LINKE u. a. eine Millionärsteuer, wofür es aber keine Mehrheit im Bundestag gibt.

Ein weiteres Problem ist die Tarifflucht der Unternehmen. Für 40% der Beschäftigten in Deutschland gibt es keine Tarifverträge mehr, während der Anteil von Leiharbeitern, die unter ausbeuterischen Bedingungen arbeiten müssen, massiv ansteigt.

Achim Müller

Volksbegehren zur Einschränkung von Windkraftanlagen gestartet

Die im vergangenen Jahr durchgeführte Unterschriftensammlung zur Volksinitiative für größere Mindestabstände von Windkraftanlagen (im folgenden WKA genannt) und gegen Windräder im Wald mit über 30.000 Unterschriften wurde am 25.09.15 vom Brandenburger Landtag abgelehnt.

Als nächsten Schritt haben nun 96 Bürgerinitiativen unter dem Dach der Volksinitiative »Rettet Brandenburg« am 07.01.16 das Volksbegehren gegen Windkraft im Wald und für höhere Mindestabstände von Windrädern zur Wohnbebauung gestartet. Dafür müssen nun bis zum 06.07.16, also innerhalb von 6 Monaten, mindestens 80.000 Unterschriften zusammen kommen. Dass es möglich ist, hat das erfolgreiche Volksbegehren gegen die Massentierhaltung gezeigt.

Die Forderungen sind klar: in Brandenburg gibt es keine gesetzliche Regelung, wie nahe ein Windrad an einer Wohnbebauung stehen darf; es gibt nur eine Empfehlung von 1000 m, bei älteren Anlagen sind es schon mal auch nur 500 m. Es geht nicht nur um störende Optik, Schatten und Geräusche der Rotorblätter. Es geht vor allem um die gesundheitlichen Auswirkungen von Infraschall, tieffrequentem, nicht hörbarem Schall. Er entsteht, wenn sich die Rotoren drehen und kann insbesondere bei sensiblen Menschen zu erhöhtem Blutdruck, Schlafstörungen bis hin zum Herzinfarkt führen. Aufgrund der inzwischen immer höher werdenden WKA entstand deshalb die Abstandsforderung nach 10 H (das 10-fache der Höhe der WKA zur Wohnbebauung). Auch Windräder in Wäldern zerstören die vielfältigen Waldfunktionen nachhaltig. Der Wald gehört zu den effektivsten CO²-Speichern und Kühlsystemen und dient dem Klimaschutz!

Wie läuft das Volksbegehren ab?

Die Unterschriften für das Volksbegehren werden nicht auf der Straße gesammelt! Der Eintrag der Unterschrift ist nur in der zuständigen Gemeinde, Amt oder Stadt möglich. Gehen Sie zu Ihrem Einwohnermeldeamt und tragen Sie sich in die Liste ein.

Weitere Varianten:

- Es gibt die Möglichkeit der Briefabstimmung. Dazu ist ein Antrag an

die Verwaltung zu stellen oder auch ein Eintrag in Unterschriftenlisten der Volksinitiative. Die Unterlagen werden Ihnen zugeschickt und können dann portofrei zurückgesandt werden.

oder

- per Postwurfsendung werden Aktionskarten verteilt. Diese sind auszufüllen, dann erhalten Sie ebenfalls die Abstimmungsunterlagen.

oder

- Sie können im Internet die Unterlagen anfordern unter:
www.volksbegehren-windkraft.de

Achtung:

- das vergessene Geburtsdatum oder die unvollständige Adresse machen Ihre Unterschrift ungültig
- eine mehrfache Beteiligung macht Ihre Unterschrift ebenfalls ungültig.

Unsere örtlichen Bürgerinitiativen »Gegen Windräder-Wildwuchs in OPR« (Protzen) und »Gegenwind« (Manker) beteiligen sich im Rahmen des überregionalen Aktionsbündnisses »Gegenwind PR-OPR-OHV« aktiv an der Mobilisierung der Menschen. Es geht um Plakatierung, Verteilung der Aktionskarten, Einwerbung von finanziellen Mitteln (Spenden) zur Finanzierung vielfältiger Aktionen. Lokale Politiker, Bürgermeister und Prominente sollen gewonnen werden, das Volksbegehren zu unterstützen.

Es werden Anträge an die Gemeindevertretung Fehrbellin und den Amtsausschuss Temnitz vorbereitet, die Durchführung des Volksbegehrens ideell und finanziell zu unterstützen und, und, und ... Es gibt noch viel zu tun!

Die Fraktion der LINKEN. OPR und auch der Kreistag haben sich im vergangenen Jahr in einer Resolution für die 10 H-Regelung und eine behutsame und vernünftige Energiepolitik ausgesprochen. Wir brauchen gerade jetzt weiterhin diese Unterstützung!

**Volksbegehren jetzt !!!
Zum Wohl von Mensch und Natur!!!**

Dieter Sarnow
Gemeindevertretung Fehrbellin
Mitglied der Bürgerinitiative »Gegen
Windräder-Wildwuchs in OPR«



Geplantes Plakat des Aktionsbündnisses

Foto: privat

Zum Nachdenken

Dein Auto ist ein *Japaner*.
Dein Wodka ist *russisch*.
Deine Pizza ist *italienisch*.
Dein Döner ist *türkisch*.
Dein Kaffee ist *brasilianisch*.
Deine Filme sind *amerikanisch*.
Dein T-Shirt ist *indisch*.
Dein Handy ist *chinesisch*.
Deine Zahlen und Ziffern sind *arabisch*.

Und du beschwerst dich, dass dein Nachbar ein Ausländer ist?!

Aufgelesen

Steinlose Mauer

Stacheldraht aus Feindlichkeit
gegen Mittelmeerflüchtlinge
Schreie der Ertrinkenden laut wie Schüsse
abwasserschmutzige
Heuchelreden über Menschenwürde
wrackgleiche Tote an unsichtbarer Mauer
Bundesrepublik mitschuldig

Jürgen Riedel (Minden), Lyriker



Landwirtschaft braucht Dialog



Demo am 16. Januar in Berlin

Quelle: www.flickr.com/photos/die_linke

»Wir haben es satt« lautet nun schon seit einigen Jahren das Motto für zehntausende Unzufriedene, die am ersten Sonnabend der Internationalen Grünen Woche bunt und friedlich für eine andere Agrarpolitik auf die Straße gehen. Seit zwei Jahren ruft zeitgleich eine bislang kleine Gegendemonstration trotzig »Wir machen euch satt«. Was nach unversöhnlichem Streit aussieht, ist eine sehr wichtige politische Debatte zu unser aller Zukunft.

Denn einerseits produziert die Landwirtschaft die entscheidende Lebensgrundlage unserer Gesellschaft, die Lebensmittel. Und nicht nur das: sie leistet vorläufig auch einen wichtigen Beitrag dafür, dass wir nach dem Atomausstieg möglichst schnell auch aus der Kohleverstromung aussteigen können, aber trotzdem sicher und bezahlbar mit Energien versorgt werden. Andererseits beeinflusst

die Landbewirtschaftung unsere natürlichen Lebensgrundlagen und die Lebensbedingungen in den Dörfern und Städten. Obwohl sie für immer weniger Menschen eine konkrete Existenzgrundlage bietet, weil weniger Arbeitskräfte gebraucht werden und die landwirtschaftlichen Einkommen deutlich

niedriger sind als die in der Industrie.

Es gibt gerade aus linker Sicht sehr gute Gründe, im Auge zu behalten, wer Lebensmittel wie produziert und politische Rahmenbedingungen zu fordern, die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln und Energie mit dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verbinden. Als LINKE sehen wir dringenden Änderungsbedarf in der aktuellen Agrarpolitik, aber wir stellen nicht die Landwirtschaft an den Pranger, sondern benennen Gewinner und Verlierer. Denn in der Agrarpolitik geht es ebenfalls um Systemfehler des Kapitalismus. Auch die Landwirtschaft ist nicht auf das Gemeinwohl orientiert, sondern der Diktatur des Geldes unterworfen. Lebensmittel und erneuerbare Energien müssen sich »rechnen«. Übersetzt heißt das, Produktionskosten reduzieren - koste es, was es wolle. Nur wenige Großmolke-

reien und -schlachthöfe, Supermarktketten und Verarbeiter dominieren den Markt, diktieren die Bedingungen für die vielen Landwirtschaftsbetriebe. So werden sie zum Verlierer dieses ungleichen Wettbewerbs. Erzeugerpreise decken immer häufiger nicht mal die aktuellen Kosten, geschweige denn, dass sie faire Löhne, Tierwohl und Nachhaltigkeit sichern. Damit werden wir alle zum Verlierer, auch wenn billige Lebensmittelpreise das Gegenteil suggerieren.

Regionale Verarbeitung notwendig

Was hat das alles mit der aktuellen Agrarpolitik zu tun? Sehr viel, denn aus Sicht der LINKEN führt die Agrarexportstrategie direkt in die Sackgasse. Es soll möglichst viel statt an der einheimischen Nachfrage orientiert produziert werden. Mit Milchseen und Butterbergen aber können die Erzeugerpreise weiter gedrückt werden. Für den Weltmarkt wird vor allem Massenware mit geringer Veredelung wie Trockenmilch produziert. Geringe Wertschöpfung heißt aber noch geringere Erzeugerpreise. In den vielen Empfängerländern werden die regionalen Märkte zerstört - auch eine Fluchtursache. Es geht also bei der Diskussion um sehr viel mehr als mehr Tierschutz und weniger Pestizide. DIE LINKE will die Landwirtschaft wieder auf die regionale Verarbeitung und Vermarktung orientieren und vor Spekulationen mit Boden und Lebensmitteln schützen. Zu unser aller Wohl. *Kirsten Tackmann, MdB*

Optimistisch ins neue Jahr

Der nun schon traditionelle Neujahrsempfang der LINKEN des Kreisverbandes OPR, diesmal in Lindow, war wieder ein voller Erfolg. Gut 90 Gäste fanden Zeit und interessante Gesprächspartner, um miteinander zu reden und Meinungen auszutauschen.

Nach einem mit viel Beifall bedachten Auftritt des Bläserquintetts der Kreismusikschule ging Ralf Christoffers, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Landtag, in einer kurzen und inhaltsreichen Rede auf einige aktuelle Probleme der heutigen Zeit ein. Er sagte, »ich fand die Entscheidung der Bundeskanzlerin zur Aufnahme der Flüchtlinge richtig, aber wir haben

damit natürlich auch Verantwortung übernommen, mit den Menschen würdig umzugehen.«

Bei der Integration wird es auch Missverständnisse geben, und nicht alles wird gelingen. Das wird auch Geld kosten, aber es soll keine Streichung von Leistungen für die Bürger in Brandenburg geben. So will das Land z.B. den sozialen Wohnungsbau mit 100 Millionen Euro fördern. Auch Brandenburg stehen sicherlich schwierige Zeiten bevor, aber wichtig ist seiner Meinung nach, dass alle Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Soziales usw. allen Bürgern, die hier leben, zugutekommen.

Christoffers betonte ebenfalls, dass Deutschland nicht in der Lage sei, den Flüchtlingsansturm allein zu bewältigen, »dazu brauchen wir eine europäische Lösung«. Hier muss sich auch die deutsche Außenpolitik ändern, man sollte wieder mehr miteinander reden, »auch mit Strömungen oder Politikern, die uns nicht so angenehm sind«.

»Die Herausforderungen werden nicht kleiner«, sagte Ralf Christoffers abschließend, »aber wir müssen diese annehmen, Lösungsvorschläge anbieten und zügig umsetzen. Solange wir uns miteinander austauschen, haben wir alle Chancen!«

Jürgen Schubert

»Neues« zur Verwaltungsstrukturreform 2019

Befürchtungen übertroffen

Als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung der Fontanestadt nahm ich am 16.01.2016 am Reformkongress der Landesregierung in Cottbus zur Verwaltungsstrukturreform 2019 teil, um zu sehen, wo die Reise hingehet und an welchen Stellen wir gegebenenfalls Gestaltungsspielraum für die Zukunft unserer Stadt haben.

Nach der Einladung zur weiteren Diskussion der Ergebnisse der 19 Regionalkonferenzen der Landesregierung erhielten wir zur Vorbereitung nochmals den bekannten Leitbildentwurf per Post und zusätzlich ein »Arbeitsmaterial«, in welchem nur Auszüge aus dem Leitbild und einzelne Wortmeldungen enthalten waren. Daher wurde auf dem Kongress massiv kritisiert, dass die Teilnehmer erwartet hatten, dass die Landesregierung ihre Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus den 19 Regionalkonferenzen darlegt und darauf aufbauend weiter diskutiert wird. Mehrere hundert Ehren- und Hauptamtliche hatten schließlich ihren Samstag für den Kongress geopfert. Viel unnützes Papier, obwohl sich eine Arbeitsgruppe »E-Government« nannte, und wie die Einladung, hätte alles per E-Mail erfolgen können. Aber schon mal ein Erfolg, dass dieses Thema eine eigene Arbeitsgruppe erhielt, nachdem unsere Landesgeschäftsführerin noch auf dem Landesparteitag erfolglos gegen meinen diesbezüglichen Antrag zum Landtagswahlprogramm auftrat.

Der Innenminister wies in seiner Er-



Foto: DIE LINKE. Brandenburg

öffnung gleich darauf hin, dass er keine Sympathiepunkte erzielen müsse. Der Finanzminister führte aus, wie gut alles laufe. Dafür erhielt er auch von einem einzelnen Teilnehmer Beifall. Der Ministerpräsident wies darauf hin, dass es nicht mehr um das »Ob«, sondern nur noch um das »Wie« geht. Vor den einzelnen Arbeitsgruppen referierte Dr. Büttner zur Demographie mit der erstaunlichen Erkenntnis, dass nicht geborene Kinder keine Kinder bekommen und bis 2040 Rückgang und Überalterung der Bevölkerung noch mehr zunehmen werden.

In meiner Arbeitsgruppe ging es um die Kriterien der Kreisgebietsreform. Seitens des Innenministeriums wurde klargestellt, dass es auch Kreisstädte gebe, die kein Justizstandort sind und daher auch ein Erhalt des Kreissitzes Neuruppin insofern

keine Garantie geben könne. Aktuell sei nicht geplant, etwas an der Gerichtsstruktur zu ändern. Auf die Nachfrage zur Abschaffung der Gerichte in den Städten in Mecklenburg-Vorpommern, die infolge der dortigen Reform keine Kreisstädte mehr sind, gab es eine klare Aussage. Dies wird sich aus der Bevölkerungsentwicklung ergeben, wo Gerichte aufrechterhalten werden. Also Achtung Neuruppin!

Bezüglich möglicher Kreiszusammenschlüsse bzw. Kreisteilungen und deren Folgen für die kreiseigenen Gesellschaften wie Krankenhäuser und Sparkassen, läge es in der Hand der aktuellen Landräte und Kreistagsabgeordneten, ob sich die Befürchtungen bewahrheiten. Diese haben die Möglichkeit, die Unternehmen auf die Gemeinden zu übertragen, welche mit den Altkreisen diese Unternehmen in die jetzigen Kreise eingebracht haben. Insofern müssten sich wohl auch unsere Kreistagsabgeordneten verständigen, wie sie vorgehen wollen.

Inhaltlich gab es leider nichts wesentlich Neues, sodass viele Teilnehmer recht ernüchtert wieder nach Hause fuhren.

Gerd Klier, Neuruppin

Empfehlungen und Forderungen an die Landesregierung

Die Fraktion der LINKEN im Landtag Brandenburg hat auf ihrer Klausurtagung Ende Januar den bisherigen Dialog zum Leitbildentwurf ausgewertet und sich einiger Sorgen und Einwände der Bürger angenommen.

Ihre **Empfehlungen** lauten im Einzelnen:

1. Funktionalreform

Der Bereich der Forstverwaltung soll nicht kommunalisiert werden und in Verantwortung des Landes bleiben. Das Landesamt für Soziales und Versorgung soll in Form eines Kommunalverbandes mit Sitz in Cottbus angesiedelt werden. Die Diskussion zu weiteren Vorhaben der Funktionalreform wird fortgesetzt.

2. Änderungen am Leitbildentwurf

- die Mindesteinwohnerzahl für die Landkreise soll auf 150.000 gesenkt werden
- keine Teilung von Landkreisen, sondern Fusion als Ganzes
- die Entscheidung über die Kreissitze soll der Landtag treffen.

3. Einkreisung von kreisfreien Städten

Die bisher kreisfreien Städte sollen in ihrer Bedeutung als Oberzentren gestärkt werden. Die Fraktion **fordert** die Landesregierung auf, bis März 2016 einen Vorschlag zur Regelung der künftigen Verteilung und Finanzierung von Aufgaben im Falle von Einkreisungen auf den Tisch zu legen.

Kurznachrichten

Brigitte Gutsch, langjährige Abgeordnete der LINKEN, ist zum 31.12.2015 aus persönlichen und gesundheitlichen Gründen aus der Gemeindevertretung Fehrbellin ausgeschieden.

Nachrückerin ist Anneli Fiebelkorn (67), ehemalige Lehrerin und jetzt Rentnerin. Dieter Sarnow (parteilos) hat den Fraktionsvorsitz und den Sitz im Hauptausschuss übernommen.

Wandel und Beständigkeit in Kuba



Private Handywerkstatt in Kuba (Viñales)

Quelle: By Marcel601 (Own work) [GFDL (<http://www.gnu.org/copyleft/fdl.html>) or CC BY-SA 3.0 (<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>)], via Wikimedia Commons

Auch unsere 12. Reise auf die sozialistische Karibikinsel Kuba bescherte neue Erkenntnisse, führte zu intensiven Gesprächen und gab Einblicke in den kubanischen Alltag.

2015 war ein überaus erfolgreiches Jahr, vor allem außenpolitisch. Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu den USA, die Streichung Kubas von der absurden Terrorliste der Vereinigten Staaten, die Lockerung von einigen Handels- und Reisebeschränkungen durch die USA und die Tatsache, dass von 193 Staaten der UN-Vollversammlung 191 für die Aufhebung der Wirtschaftsblockade stimmten, sind nur einige Beispiele.

Diese Blockade, die seit 1961 von den USA aufrechterhalten wird, ist ein Anachronismus des kalten Krieges. Der amerikanische Präsident Barack Obama will sie nicht, kann sich aber nicht gegen die ultrakonservative Mehrheit im US-Kongress durchsetzen. Ebenfalls ungelöst, trotz stattfindender regelmäßiger Gespräche auf Regierungsebene, sind die Rückgabe des besetzten Gebietes in der Bucht von Guantanamo und die Einstellung von Programmen, die den Umsturz auf Kuba befördern sollen. Die Bevölkerung auf Kuba verfolgt sehr aufmerksam den Prozess der Annäherung und ist mit Recht stolz auf das Erreichte. Es gibt keine Unterwürfigkeit, sondern großes Selbstbewusstsein und Vertrauen in die eigene Stärke. Diese Stärke hat gemeinsam mit der internationalen Solidaritätsbewegung die Freilassung der Cuban 5 bewirkt.

Auch die Beziehungen zur EU haben sich grundlegend gewandelt. Besuche zahlreicher Regierungs- und Wirtschaftsdelegati-

onen belegen dies eindrücklich. Das Ansehen Kubas in der Welt war in der Vergangenheit schon hoch, ist aber nochmals gewachsen. Der selbstlose Einsatz von medizinischem Personal in den Krisen- und Katastrophengebieten der Erde wird dankbar zur Kenntnis genommen. Die Bekämpfung von Ebola in Westafrika würde

ohne kubanische Ärzte und Schwestern immer noch anhalten. Der Besuch des Papstes Franziskus auf Kuba war auch ein Zeichen dieser Anerkennung.

Wirtschaft erholt sich

Das Bruttoinlandsprodukt wächst beständig. Sorgenkinder sind zur Zeit die Nickel- und Zuckerproduktion, da die Weltmarktpreise stark gefallen sind. Immer noch unzufrieden ist man mit der Entwicklung der Landwirtschaft. Noch immer müssen zu viele Nahrungsmittel importiert werden, und das bei den fruchtbaren Böden. Positiv anzumerken ist in diesem Zusammenhang, dass das Kleinunternehmertum deutlich zur Verbesserung der Angebote auf den Bauernmärkten geführt hat.

Wichtigster Devisenbringer ist aber der Tourismus. In Havanna war deutlich zu merken, dass eine große Anzahl von Amerikanern dabei ist, das Land neu zu entdecken.

Der neue Containerhafen mit Sonderwirtschaftszone in Mariel zieht zahlreiche Investoren auf die Insel. Kuba gilt als Sprungbrett und Drehkreuz nach Mittel- und Südamerika. Haupthandelspartner sind neben Venezuela und Brasilien vor allem China und Russland. Viele EU-Länder versuchen dieser Entwicklung hinterher zu hecheln. In diesem Zusammenhang werden Milliardeninvestitionen mit Umschuldungsprogrammen kombiniert.

Bemerkenswert ist der Ausbau der Infrastruktur für Internet und Telekommunikation. Überall sieht man Kubanerinnen und Kubaner mit Handy oder Laptop in der Hand. Internetcafé's werden selbst in

entlegenen Gebieten eröffnet. Öffentliche und kostenlose WLAN-Hotspots sind dicht umlagert, es herrscht rege Betriebsamkeit. Viele neue Geschäfte sind entstanden. In den Wohnungsbau wird viel investiert, die historische Bausubstanz denkmalgerecht saniert.

Viel diskutiertes Problem

Ein Problem bewegt die Kubanerinnen und Kubaner. In jedem interessierten Gespräch wird darauf eingegangen. Die von der Regierung angekündigte Zusammenführung der beiden Währungen (Peso national und konvertibler Peso) wird sehnsüchtig erwartet. Sehr offen und transparent werden von der Regierung die Schwierigkeiten benannt, die bisher die Zusammenführung verhinderten. Da sind zum einen die niedrigen Einkommen in den Bereichen, die nicht zum Tourismus zählen, und zum anderen die vielen Staatsbetriebe, die immer noch rote Zahlen schreiben. Obwohl deren Anzahl von 245 im Jahr 2014 auf etwas mehr als 60 im Jahr 2015 gesenkt werden konnte. In öffentlichen Diskussionen wird darüber debattiert, Lösungsstrategien werden erörtert und gemeinsam entwickelt. Dabei wird mit Kritik nicht gespart. Diese Kritik ist aber konstruktiv.

Schwierige Entwicklung

Die jüngsten Wahlentscheidungen in Südamerika beobachtet man mit Sorge. Es wird ein neoliberaler und neokolonialer Rollback befürchtet, der die gemeinsamen Projekte wie das Wirtschaftsbündnis ALBA gefährdet. Ebenso sorgenvoll betrachtet man die Kandidatenlage für die Präsidentschaftswahl in den USA. Bis auf Bernie Sanders haben sich die Kandidatinnen und Kandidaten doch eher auf die Hardliner-Linie der Contras in Miami begeben. Nicht auszuschließen ist deshalb, dass ab 2017 wieder viele der Zugeständnisse der Obama-Regierung rückgängig gemacht werden oder sogar die Blockade verschärft wird.

Ich bin mir sicher, dass Kuba auch diese Herausforderungen meistern wird, mit Kreativität, Witz und selbstloser tiefer Humanität. Kuba wird nicht fallen, wenn der Wandel weiter so vorangetrieben wird und die Werte weiterhin tief verankert bleiben und gelebt werden.

Ronny Kretschmer, Neuruppin

Unzensuriertes Interview aus der Ostukraine

Die jährlich stattfindende Rosa-Luxemburg-Konferenz der Jungen Welt und 32 weiterer Unterstützerorganisationen zieht immer mehr TeilnehmerInnen an. Bei der XXI. internationalen Veranstaltung in der Berliner Urania am 9. Januar hörten und diskutierten rund 2.600 Menschen über das Selber-tun. Im Mittelpunkt standen die Themen Rechtsentwicklung, Faschismus und Krieg. So auch in einem Live-Interview mit dem Kommandeur einer kommunistischen Einheit der Brigade »Prisrak«.

Alexej Markow, gegen den durch deutsche Bundesbehörden Einreiseverbot verhängt wurde, war per Internet auf die Leinwand im großen Saal zugeschaltet. Seine Ausführungen auf die Fragen der Journalistin Susann Witt-Stahl nach der aktuellen Lage im Donbass fasste er mit einem Zitat Trotzki zusammen: »Kein Frieden, kein Krieg«. Markow schilderte die harte Alltagssituation an der vordersten Frontlinie und drückte seinen Dank für die Hilfe von russischen KommunistInnen und europäischen AntifaschistInnen für die nötige Kleidung aus. Seine Einheit bestehe aus Freiwilligen und sei international zusammengesetzt. Ihr Vorrat an Lebensmitteln und Medikamenten werde mit der örtlichen Bevölkerung geteilt, die sie beschützen und befreien wollen: »Unser Ziel ist nicht allein das militärische Niederringen des Faschismus. Wir wollen den Menschen auch zeigen, dass eine Alternative möglich ist. Eine, die auf Solidarität, Völkerfreundschaft und Sozialismus aufbaut.« Solche Aussagen Markows wurden ebenso mit stürmischen Applaus der Zuhörenden begrüßt wie die Feststellung, wonach »Faschismus und Nazismus (...) eine gesetzmäßige Reaktion des Kapitalismus auf Krisen [sind].«

Das komplette Interview und weitere Videos gibt's auf <http://www.rosa-luxemburg-konferenz.de/de/videos>.

MaC

Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir unseren Senioren:

Am	1.3.	Heide Wissel	Kleinzerlang	zum	73.
Am	7.3.	Angelika Noack	Wittstock	zum	60.
Am	9.3.	Joachim Behringer	Neuruppin	zum	66.
Am	12.3.	Waltraut Prüter	Wittstock	zum	78.
Am	15.3.	Ingeborg Steinke	Wittstock	zum	84.
Am	16.3.	Gustav Steinke	Wittstock	zum	83.
Am	17.3.	Marianne Kühn-Berger	Neuruppin	zum	89.
Am	21.3.	Klaus-Peter Kraatz	Kyritz	zum	60.
Am	23.3.	Ernst Edelberg	Wildberg	zum	86.
Am	23.3.	Beate Sahlmann	Luhme	zum	85.
Am	25.3.	Ingeborg Taschenberger	Dreetz	zum	79.
Am	26.3.	Gilda Wittig	Schönberg	zum	89.
Am	27.3.	Ruth Vierke	Neuruppin	zum	87.
Am	29.3.	Edgar Wittkopp	Wittstock	zum	85.
Am	30.3.	Ursula Kormann	Kyritz	zum	69.
Am	31.3.	Lisa Riedel	Neuruppin	zum	91.

Auch allen anderen Geburtstagskindern unser herzlichster Glückwunsch!

Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus



Teil der Waldfläche, auf der Häftlinge des KZ Sachsenhausen während des Todesmarsches Ende April 1945 ohne Unterkunft und Versorgung lagern mussten.
Foto: Lea Tschert

Am 27.1.2016 jährte sich zum 71. Mal der Tag der Befreiung des KZ Auschwitz. Seit 1996 ist dieser Tag der Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus und seit 2005 offizieller internationaler Holocaust-Gedenktag. Da dieser Tag aber mitten in die Woche fiel, haben wir unsere Veranstaltung auf Sonntag, den 31.1.16 gelegt, und so hatten viele Interessierte die Möglichkeit, daran teilzunehmen.

Wir haben mit einer kleinen Kranzniederlegung am Mahnmahl im Belower Wald der Opfer gedacht. Dazu sprach die Leiterin der Gedenkstätte, Frau Lange, einige Worte zur Bedeutung dieses Gedenktages. Anwesend waren Vertreter der Stadt Wittstock, des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte, des Fördervereins der Gedenkstätte, der LINKEN aus Wittstock und Heiligengrabe sowie viele interessierte Bürger aus der Region.

Im Anschluss gab es einen sehr interessanten Vortrag des Leipziger Historikers Martin Winter zum Verhalten der deutschen Bevölkerung während der Todesmärsche. Er forscht für seine Doktorarbeit zum Todesmarsch und hat dazu u.a. ein Beispiel aus unserer Region erläutert. Hier ging es um das gegensätzliche Verhalten von Bewohnern in Herzprung, einige haben den Häftlingen geholfen, andere denunziert und getötet. Zum Vortrag gab es viele Fragen, die Herr Winter beantwortet hat.

Anschließend konnten bei Kaffee, Tee und Gebäck Gespräche geführt werden.

85 Gäste kamen zu dieser Veranstaltung, wir hatten keinen einzigen Sitzplatz mehr frei.

Kerstin Zillmann, Wittstock

Unser Konto für Spenden und Einzahlungen:

DIE LINKE. Kreisvorstand OPR
IBAN: DE47 1606 1938 0001 6323 61,
BIC: GENODEF1NPP
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin eG

»Fontane 200« in drei Jahren

Am 30.12.2019 jährt sich der 200. Geburtstag von Theodor Fontane. Für nicht wenige ist der Dichter, Schriftsteller und Journalist ein Begriff. Allein seine »Wanderungen« haben das Ruppiner Land weit bekannt gemacht.

So war eine Beratung am 25. Januar 2016 im Neuruppiner Tempelgarten für zahlreiche kulturinteressierte Leute Anlass, sich unter Leitung der Stadt mit der Vorbereitung des Fontane-Jahres 2019 zu beschäftigen.

Drei Schwerpunkte sind gesetzt: Im Museum wird es eine große Ausstellung geben, die »über die Grenzen des Landes hinaus für Aufsehen sorgen soll«. Auf dem Braschplatz wird für junge Leute ein Fontane-Camp stattfinden mit Veranstaltungen und Möglichkeiten, Fontane besser kennen zu lernen in seiner modernen, zeitgemäßen Bedeutung, und es werden zwischen März und Dezember 2019 wieder Festspiele für ein reichhaltiges Programm sorgen.

Es gab einige interessante Diskus-

sionsbeiträge. S. Schwanz, bekannter Heimatforscher, bat zum Beispiel das Museum, in der neuen Ausstellung dann wirklich ein umfassendes Bild von Fontane und seiner Zeit zu zeigen und den vorhandenen reichen Fundus gut zu nutzen. Man sollte in das Fontane-Jahr auch das lange Mühen großer Kreise der Bevölkerung um die Erhaltung der Natur der Freien Heide mit einbeziehen. Herr Donner machte deutlich, wie viele Erinnerungsorte und -bezüge zu Fontane es allein in unserem Kreis gibt, die viel mehr zu erschließen sind. Weitere interessante Hinweise konnten die Veranstalter mitnehmen. Die Schulen sind vor allem mit eigenen Ideen gefragt.



Theodor Fontane, der »Dichter der Mark« Foto: Jürgen Schubert

Das komplette Programm für das Fontane-Jahr 2019 soll im Frühjahr 2018 stehen. Aber die

Stadt wird die Zeit bis dahin für die Popularisierung sicher nicht ungenutzt verstreichen lassen. Und es werden vor allem auch noch viele Vorschläge der Bürger erwartet!

ch-

Kontakte

Dr. Kirsten Tackmann, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«.
Tel.: 030/22774309 Fax: 030/22776308
Funk: 0173/3804592
www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiterin **Anette Bock**
Tel.: 033971/32857 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Mo.-Do. 10.00 - 12.00 Uhr

Wahlkreisbüro: Schinkelstr. 13, Neuruppin
Wahlkreismitarbeiter **Paul Schmudlach**
Tel.: 03391/2383
E-Mail: schmudlach@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr
Die. u. Do. 10.00 - 12.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Wahlkreisbüro: Marktgasse 2, Wittstock
Wahlkreismitarbeiter **Andreas Bergmann**
Tel.: 03394/4031363
E-Mail: bergmann@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Die.-Do. 10.00 - 12.00
Do. 16.00 - 18.00

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Landtagsabgeordnete **Margitta Mächtig**
Wahlkreismitarbeiterin **Anja Büchner**
Tel.: 033971/304941
E-Mail: maechtig@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 08.00 - 15.00 Uhr

**DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin
Kreisgeschäftsstelle Neuruppin**
Schinkelstr. 13, Neuruppin
Tel.: 03391/655420 Fax: 03391/655422
www.dielinke-opr.de
E-Mail: kv@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 10.00 - 13.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr

Kreisgeschäftsführer **Hartmut Buschke**
Do. 10.00 - 12.00 Uhr

Kreisschatzmeister **David Hölker**
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Geschäftsstelle Kyritz
Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Tel.: 033971/72086 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. 10.00 - 12.00 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock
Marktgasse 2, Wittstock
Tel.: 03394/4031363/-64/-65
E-Mail: wittstock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Mo. u. Die. 09.00 - 15.30 Uhr
Mi. 09.00 - 12.00 Uhr
Do. 12.00 - 15.00 Uhr

Termine

(Aktualisierung auf www.dielinke-opr.de beachten)

Montag, 22.02.16	Beratung der Stadtfraktion DIE LINKE. Neuruppin 19.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Montag, 29.02.16	Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 17.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Montag, 29.02./14.03.	Marxistischer Lesekreis 17.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Donnerstag, 03.03.16	Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Wittstock-Heiligengrabe 18.00 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Donnerstag, 03.03.16	Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Sa./So. 5. u. 6.3.16	Landesparteitag DIE LINKE. Brandenburg Templin
Montag, 07.03.16	Mitgliedertreffen DIE LINKE. RV Fehrbellin 19.00 Uhr, Fehrbellin - Bibliothek
Mittwoch, 09.03.16	Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Donnerstag, 10.03.16	Frauentagsfeier - Freundschaftsgesellschaft und Stadtvorstand 15.00 Uhr, Gaststätte Seebad Alt Ruppin Neuruppin laden ein
Mittwoch, 16.3.16	Beratung des Stadtvorstandes DIE LINKE. Neuruppin 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Donnerstag, 17.03.16	Frauentagsfeier 14.30 Uhr, Wittstock - Rathausaal

Herausgeber: Kreisvorstand **DIE LINKE. OPR**
Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin

V.i.S.d.P. : Paul Schmudlach, E-Mail: kv@dielinke-opr.de

Redaktion: Jürgen Schubert (verantw. Redakteur), Christa Horstmann (ch-), Achim Müller, Marco Christian Wiese (MaC), Georg Albrecht

Nicht redaktionell gekennzeichnete Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Fr., 04.03.2016
Erscheinungsdatum: Mi., 16.03.2016